

Mordmotiv Geschlecht: Keine weiteren angekündigten Morde von Frauen!

► Was sind Feminizide?

Feminizide, also Morde an Frauen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit, kurz: gender-spezifische Frauenmorde, haben alle den gleichen Hintergrund: Es geht um männliche Dominanz, um Kontrolle über Körper und Willen der Frau, Verweigerung ihres Rechts auf Selbstbestimmung. Ein entsprechender gesellschaftlicher Kontext begünstigt diese extreme Form von Gewalt gegen Frauen noch, namentlich die zu einer Quasi-Normalisierung führende Verharmlosung der Gewalt – mit der Folge ihrer Straflosigkeit – sowie der fehlende Zugang der Frauen zur Justiz.

► Counterparts

Eine Strategie gegen Feminizide hat bei diesen begünstigenden Faktoren anzusetzen. Möglichst viele relevante gesellschaftliche und politische Akteure müssen daher in ein gemeinsames Vorgehen gegen das Problem der Frauenmorde eingebunden werden. Ausgehend von dieser Erkenntnis hat die Deutsche Zusammenarbeit, umgesetzt durch die GIZ, über das Regionalprogramm *Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* (ComVoMujer) die Zusammenarbeit mit einer Vielzahl vor allem staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen auf unterschiedlichen Ebenen gesucht und gefördert. Darüber hinaus kooperiert das Programm mit anderen Vorhaben der GIZ, mit Institutionen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sowie mit den Medien. Die Tabelle auf Seite 2 gibt eine Übersicht über die Allianzen und Partnerschaften aus den jeweiligen Ländern.

► Die Zusammenarbeit

Zur Bekämpfung des Feminizid-Phänomens hat ComVoMujer Kommunikations-Strategien entwickelt. Ziel war, das Thema in die Organisationen und in die Gesellschaft allgemein hineinzutragen, damit diese bzw. die entsprechenden politischen Verantwortlichen das Problem bewusster wahrnehmen.

In diesem Sinne wurden verschiedene **Kampagnen** durchgeführt, z.B.:

- „Gewaltprävention ist unsere Pflicht“ gemeinsam mit der bolivianischen Polizei,
- „Schweigen tötet“ gemeinsam mit dem *Gender-roundtable der Internationalen Zusammenarbeit in Peru*.

Auch im Rahmen von **Seminaren und Veranstaltungen** wurde das Thema in den öffentlichen Diskurs getragen, wie z.B. bei

- der Internationalen Konferenz über Gewalt und Frauennorde mit dem Vizeministerium für Gleichberechtigung (VIO), der Ombudsbehörde und CIDEM (Bolivien),
- dem Nationalen Forum zu Feminiziden mit der ecuadorianischen Staatsanwaltschaft und der NRO *Catholic Relief Service* (Ecuador).

Darüber hinaus wurden in den vier Ländern mit einer Vielzahl von Partnern **Demonstrationen** und Umzüge an wichtigen, symbolträchtigen Tagen, wie dem 25. November (Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt an Frauen) organisiert.



Nationale Ebene					
Sektor	Partner-länder	Peru	Ecuador	Bolivien	Paraguay
Justiz	Agentur zur Fort- und Ausbildung von Juristen/innen (AMAG)	<ul style="list-style-type: none"> • Staatsanwaltschaft • Justizrat (<i>Consejo de la Judicatura</i>) • Pflichtverteidigung (<i>Defensoría Pública</i>) 	Staatliche Schule für Justizbeamte		<ul style="list-style-type: none"> • Oberster Gerichtshof • Staatsanwaltschaft • Pflichtverteidigung (<i>Defensoría Pública</i>)
Exekutive	<ul style="list-style-type: none"> • Ministerium für Frauen und gefährdete Bevölkerungsgruppen • Nationales Programm gegen familiäre und sexuelle Gewalt des (PNCVFS) 		<ul style="list-style-type: none"> • Vizeministerium für Gleichberechtigung • Polizei: <ul style="list-style-type: none"> - Abteilung für Familienschutz - Spezialeinheit im Kampf gegen Gewalt (FELCV) 	<ul style="list-style-type: none"> • Polizei • Bildungsministerium • Frauenministerium • Gesundheitsministerium 	
Zivilgesellschaft	NRO DEMUS (<i>Verteidigung der Frauenrechte</i>)	NRO <i>Christian Relief Services</i>	<p>NRO: Zentrum für Information und Entwicklung für Frauen in Bolivien (CIDEM)</p> <p>NRO: Gemeinschaft für Menschenrechte (<i>Comunidad de Derechos Humanos</i>)</p>		
Halbstaatliche bzw. Ausbildungsbildungsorganisationen	Ombudsbehörde	Lehrstuhl für Kommunikation, Gender und Menschenrechte an der Polytechnischen Universität Salesiana (UPS)	Ombudsbehörde	Ombudsbehörde	
Institutionen der internationalen Zusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Genderroundtable der Internationalen Zusammenarbeit (MESAGEN) • GIZ Programm JUSTICIA (Unterstützung bei der Justizreform) 		<ul style="list-style-type: none"> • Büro des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) • GIZ-Programm PROJURIDE • Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA bzw. COSUDE) 		

Regionale Ebene					
Deutsche Welle					
Frauennetzwerk des Iberoamerikanischen Verband der Ombudspersonen					
GIZ-Programm „Stärkung der Mitglieder durch den Iberoamerikanischen Verband der Ombudspersonen“ (PROFIO)					

Gerade für solche Öffentlichkeitsaktionen hat sich als besonders wichtig die von CIDEM entwickelte Strategie zum Umgang mit **Medien** erwiesen: CIDEM produzierte verschiedene Materialien mit Fakten, Statistiken und Empfehlungen, wie das Thema Feminizide angemessen in den Medien zu behandeln sei, und verteilte diese regelmäßig an Journalist/innen.

Ein für die Region besonders beeindruckendes Produkt war die Reportage „Das Schweigen brechen: Frauenmorde in Lateinamerika“, die von der *Deutschen Welle* gemeinsam mit ComVoMujer produziert und von der *Deutschen Welle* auf deren Kanälen in vier verschiedenen Sprachen weltweit über mehrere Jahre verbreitet wurde (siehe S. 5).

Gleichzeitig wurden im Rahmen **konzeptioneller Arbeit** zwei wichtige Dokumente erstellt: „Feminizide: Angekündigte Morde“ und „Feminizide – Die Chronik der angekündigten Morde“, die vor allem als Anstoß für Gesetzesinitiativen und -änderungen genutzt wurden. Sie fanden sich sogar als Beilage in nationalen Tageszeitungen in Peru (*La República*) und Ecuador (*El Comercio*).

Um überhaupt auf verlässliche **Daten** zurückgreifen zu können, die das Ausmaß der tödlichen Gewalt dokumentieren und z.B. als Grundlage für ein administrativ-legislatives Vorgehen dienen, mussten effizientere Systeme zur Registrierung von Feminizidfällen geschaffen werden. Dazu wurden unter anderem die Beobachtungsstelle „*Manuela*“ von CIDEM in Bolivien und das Präventivprogramm PNCVFS des Frauenministeriums in Peru beraten.

Da hinsichtlich eines erfolgreichen Einwirkens auf den Gesetzgebungsvergäng eine gezielte **Lobbyarbeit** unerlässlich ist, haben verschiedenen Counterparts – VIO, CIDEM und andere Frauenrechtsorganisationen – sich dieser Aufgabe gewidmet:

- Präsentation von Gesetzesvorschlägen zur Typisierung der Verbrechen und zu ihrer strafrechtlichen Verfolgung,
- Dokumentation von Feminizidfällen,
- Überprüfung bestehender Schutz- und Justizmechanismen für die Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt – unter anderem durch die
- Berichte der Ombudsbehörden zu Feminiziden in Bolivien und Peru.

All das war ebenfalls sehr wichtig für die erzielten bzw. zu erzielenden Fortschritte.

So sind etwa die Berichte der Ombudsbehörden quasi-staatliche Empfehlungen mit entsprechender Bindungswirkung. Wenn in ihnen vor allem die Notwendigkeit betont wird, auch in anderen staatlichen Institutionen – im Sinne von **Capacity Building** – die Kapazitäten hinsichtlich des Einsatzes gegen die (tödliche) Gewalt an Frauen auszubauen, dann ist das ein starkes Signal, um ein angemessenes System für den Schutz der Opfer zu schaffen. Dieser Schutz beinhaltet natürlich auch die erfolgreiche Verfolgung bzw. die angemessene Verurteilung der Täter – sei es via staatlich-strafrechtlicher Verfahren oder über das indigene Rechtssystem. Somit ist auch ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Straflosigkeit getan, die immer noch sehr virulent ist.

Beispielsweise wurden in Bolivien und Peru Polizist/innen, Richter/innen und die Staatsanwaltschaften ge-

meinsam mit den verschiedenen Partnern diesbezüglich geschult. Darüber hinaus wurde in Zusammenarbeit mit dem Frauennetzwerk der Ombudsbehörde der Onlinekurs „Genderbasierte Gewalt – Zum Schutz der Grundrechte von Frauen“ – entsprechend angepasst – regional verbreitet.

Die Begleitung von Gesetzesvorhaben hinsichtlich der Rechte von Frauen auf ein Leben frei von Gewalt war ein Schwerpunkt der Arbeit von ComVoMujer. Ein anderer bestand in der Förderung ganz konkreter, effizienter Maßnahmen, um das Leben der Frauen zu schützen. So hat ComVoMujer zwei Regionalkonferenzen organisiert, auf denen es thematisch hauptsächlich um den produktiven Austausch zwischen den Counterparts aus den verschiedenen Ländern ging. Dabei stand auch das Thema Feminizid auf der Tagesordnung, speziell die Frage, wie die in einem Land gewonnenen Erkenntnisse bzw. die sich dort als erfolgreich erwiesenen Vorgehensweisen auf ein anderes Land übertragen lassen.

► **Lessons Learned und Wirkungen**

Für einen angemessenen Umgang mit einem so gravierenden Verbrechen wie dem Feminizid – mit seinen komplexen Ursachen – ist eine umfassende, stringente und **klar formulierte Strategie** von besonderer Relevanz.

Zum einen kommt es darauf an, dass potenzielle Synergien auch tatsächlich genutzt werden. Damit ist vor allem die **Kooperation der verschiedenen Öffentlichkeitsbereiche**, besonders zwischen dem staatlichen und dem zivilgesellschaftlichen Sektor sowie den Medien und der internationalen Zusammenarbeit, gemeint.

Synergien entstehen insofern, als ein gemeinsames öffentliches Auftreten und Vorgehen bereits im Konsens beschlossene Maßnahmen noch einmal voranbringen und weil so – mittels eines offenen und transparenten Dialogs – Vertrauen zwischen den einzelnen Parteien entsteht, was wiederum die Definition gemeinsamer Interessen und Ziele fördert, ganz abgesehen davon, dass gemeinsame Aktionen und Maßnahmen ein größeres Medieninteresse auf sich ziehen.



„Flower 1“, Acrylic on paper, 2003 by [Lohan Gunaweera](#) is licensed under [CC BY-SA 2.0](#)



By [Ramón Gutiérrez](#), licensed under [CC BY-SA 2.0](#)

Da der Staat kein monolithischer Block ist, d.h. da staatliche Einrichtungen mitunter widersprüchlich handeln und auch nicht immer den „zentral“ eingegangenen Verpflichtungen nachkommen, war und ist es im Umgang mit staatlichen Instanzen wichtig, sich stets auf den rechtsnormativen (nationalen) Rahmen sowie die international bindenden Verträge des Landes zu berufen. Gerade **internationale Konventionen** verleihen Forderungen und Vorschlägen gegenüber staatlichen Einrichtungen noch einmal besonderen Nachdruck und unterstreichen deren Legitimität.

Diese Forderungen müssen jedoch erst einmal artikuliert werden, um dann im Sinne des Willensbildungsprozesses gebündelt und aggregiert an die Einflussadressaten im politischen System herangetragen werden zu können. Hierzu war (und ist) die **Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft**, ihre Unterstützung und Mobilisierung, unerlässlich. Das Potenzial zivilgesellschaftlicher Organisationen kann gar nicht unterschätzt werden, da diese den direkten Kontakt zu den betroffenen Personen herstellen, deren Forderungen anhören und politische Handlungsfähigkeit ermöglichen.

Das wirkt auch zurück auf die betroffenen Akteure. Indem sie in dem artikulierten Gruppenwillen ihre eigenen Bedürfnisse und Forderungen wiedererkennen, identifizieren sie sich nicht nur damit, sondern entwickeln auch die Fähigkeit, ihre Bedürfnisse autonomer und exakter zu formulieren, was wiederum zur eigenen Selbstermächtigung, zum Empowerment, beiträgt. Letztlich reduziert all das die soziale Toleranz gegenüber Gewalt an Frauen.

Um eine Vielzahl an Menschen zu erreichen, ist eine **klare und sensible Kommunikation** nötig. Ein „mehrdimensionales“ Vorgehen hilft, das Problem sichtbar zu machen, d.h. mithilfe der Nutzung verschiedener Kommunikationskanäle – Bilder, Spots, Programme und Kampagnen etc. – auch und vor allem über sozi-

ale Netzwerke und neue Technologien, werden mehr Menschen erreicht und zum Nachdenken angeregt.

Bei der schon mehrfach erwähnten **Zusammenarbeit mit den Medien** kommt es v.a. darauf an, konkrete und gut recherchierte Zahlen und Informationen bereitzustellen und zu liefern, um Anreize zu geben, sich überhaupt mit dem Thema zu beschäftigen. Auch Interviews oder das Angebot spezieller Trainings für eine angemessene Berichterstattung im Zusammenhang mit Gewalt gegen Frauen haben die gleiche Funktion. Aus dieser Zusammenarbeit kann durchaus die beiderseitige Erkenntnis eines gegenseitigen Nutzens erwachsen.

Die Rede – im Zusammenhang von Feminiziden – von Morden, die sich „ankündigen“ (frei nach Márquez) und insofern verhindert werden können, hat den Hintergrund, dass zwar die Gefährdung von Frauen durchaus im Vorfeld erkennbar wäre, dass aber das bestehende System zum Schutz von Gewalt gegen Frauen oft nicht funktioniert. Defizite liegen einmal in der ungenügenden Registrierung und Verfolgung der Feminizidfälle – Stichwort Straflosigkeit – und ungenügender Prävention. Hier sind die indigene und die staatliche Rechtsprechung gefordert.

Defizite liegen aber auch in der Realisierung von Menschen- und Frauenrechten sowie des Rechts auf ein Leben frei von Gewalt. Eine große Herausforderung für das Regionalprogramm war und ist daher, ein Bewusstsein bei den politischen Handlungsträgern/innen wachzurufen, dass die Einbeziehung der Genderperspektive in alle öffentliche Handlungen sowie Genderanalysen ein entscheidender Bestandteil der Prävention von Gewalt gegen Frauen sind.

In vielerlei Hinsicht hat ComVoMujer dazu beigetragen, jene Defizite anzugehen und in Erfolge zu verwandeln:

- Zum einen wird mittlerweile in den Ländern Bolivien, Ecuador und Peru der **Feminizid als eigener Straftatbestand** gewertet und festgelegt. Im Fall von Paraguay steht diese Gesetzesänderung als eine der Prioritäten auf der Agenda unterschiedlicher Gruppierungen (Frauenbewegung, Parlamentarier/innen, etc.).
- Zum anderen haben die Ombudsbehörden von Bolivien und Peru das **Thema Feminizide untersucht** und dazu die entsprechenden Berichte herausgegeben – bereits zwei in Peru und in Bolivien, das erste Mal überhaupt. Die darin enthaltenden Empfehlungen bestätigten eindeutig die zivilgesellschaftlichen Forderungen und verschaffen ihnen auf diese Weise mehr Gehör und Reichweite.
- Im Falle von Peru führte gerade eine dieser Empfehlungen durch die Resolution Nr. 03-2014 - AMAG-CD zu einer Institutionalisierung einer **speziellen Schulungsmaßnahme** für Richter/innen und Staatsanwält/innen. Allein in Peru wurden so bereits 454 Personen aus diesem Kreis inklusive Polizisten/innen in Bezug auf einen adäquaten Umgang mit Feminizid-Fällen fortgebildet – eine Bildungs- und Präventionsmaßnahme gleichzeitig!
- Um zu vermeiden, dass erfolgreiche Präventionsmaßnahmen i.S.v. *Best Practices* nicht ein landesspezifisches Schattendasein erleiden, hat sich diesbezüglich ein **regionaler Austausch**, also die regionale Verbreitung, Anpassung, Wiederholung oder gar Verbesserung dieser *Practices*, als besonders effizient und kostensparend erwiesen. Analoges lässt sich vom Austausch geeigneter Präventionsmaterialien sagen. So kam es zum Beispiel zu einem Transfer zwischen Bolivien und Peru: Das Material für die Polizei in Bolivien wurde von der peruanischen Polizei und das Material für Richter/innen und Staatsanwält/innen aus Peru auch für die Ausbildung in Bolivien verwendet. Darüber hinaus gibt es auch einen *interregionalen* Austausch in Form von Events oder Deklarationen, wie z.B. den „Power Talk“ zwischen Botschafterinnen, der von der ehemaligen deutschen Staatssekretärin Gudrun Kopp einberufen wurde

In den Katalog der *Best Practises* gehört sicherlich die sehr erfolgreiche Kampagne „Das Schweigen tötet“. **Das Thema in die Öffentlichkeit bringen** – offensiv und geschickt positioniert – war wohl das Erfolgsrezept. Durch mindestens zwei Veröffentlichungen in nationalen Zeitungen und vielfältiges und speziell an Journalist/innen gerichtetes Material konnte das



„Without the flower“, Final painting of Flower series by [Lohan Gunaweera](#) is licensed under [CC BY-SA 2.0](#)

Thema immer wieder öffentlichkeitswirksam präsentiert werden.

Aber insbesondere die regionale und qualitativ hochwertige TV-Reportage über zwei Feminizid-Fälle in Boliven und Peru sowie einen Feminizidversuch in Ecuador mit dem Titel „Das Schweigen brechen – Frauenmorde in Lateinamerika“, die bereits in vier Sprachen (deutsch, englisch, spanisch und arabisch) sowie mindestens dreimal international ausgestrahlt wurde (Dezember 2014, Juni 2015 und März 2016), war in dieser Hinsicht besonders erfolgreich. Die Reportage wurde nicht nur auf den Kanälen der Deutschen Welle, sondern auch von lokalen TV-Sendern gesendet: von *Ecuavisa* (Ecuador), vom Kanal A und RTP (Bolivien) sowie von ATV (Peru). Auch anderweitig wurde sie gezeigt:

- beim zweiten Regionaltreffen „*Die Welten verändern sich*“,
- auf Filmforen durch *World Vision* (Ecuador),
- durch die Regionalregierung von San Martin und das Kulturzentrum der Katholischen Päpstlichen Universität PUCP (Peru),
- im Rahmen von Filmfestivals zum 25. November 2015 (Bolivien/Peru),
- und die Gendergruppe der GIZ in Honduras verbreitete die Reportage ebenfalls an diesem Tag.

Die starke Resonanz in der Region veranlasste die Regisseurin, darüber hinaus eine ähnliche Reportage in Chile zu produzieren.

Und last but not least hat die Reportage, die unter anderem den Fall von Katya Cabezas – ihr Partner hat ihr wäh-

rend eines Mordversuches die Hand abgehackt – darst eine Unterstützungskampagne in Ecuador ausgelöst. Es wurde von Studierenden des Fachbereichs Kommunikation unter dem Titel *Ich bin die Hand von Katya* in sozialen Netzwerken verbreitet.

► Fazit

Es hat sich gezeigt, dass die Bildung von starken Partnerschaften und der Austausch von zahlreichen und diversen Materialien zur Thematik ein wichtiger Schritt im Kampf gegen das Femizidphänomen war. Ebenfalls wurde erreicht, dass genderbasierte Straftaten, insbesondere Feminizide, nun als das angesehen werden, was sie sind: extreme Verbrechen. In dieser Weise werden sie neuerdings auch in Studien berücksichtigt, die ursprünglich auf andere Verbrechen begrenzt waren.

Das Thema befindet sich nun auf der Tagesordnung regionaler und internationaler Organisationen, wie das Frauen-Netzwerk der FIO, die CIM, die CIDH, der MESECVI aus der OAS und das Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen. Die Problematik ist über Lateinamerika hinaus als solche ins Bewusstsein gedrungen, was den Austausch mit Zentralamerika und Asien erleichtert.

Für die Zukunft lässt sich festhalten, dass fortan mit einer sehr beachtlichen institutionellen Bereitschaft aus den verschiedensten gesellschaftlichen Sektoren und auf allen staatlichen Ebenen – einschließlich der internationalen Ebene – zu rechnen ist. All diese Akteure fördern kontinuierlich wirksame Maßnahmen zum Schutz von Frauen. Das gemeinsame Ziel lautet: Keine weiteren vermeidbaren Morde an Frauen!

Herausgeber	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
	Sitz der Gesellschaft, Bonn und Eschborn, Deutschland
	Regionalprogramm Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Lateinamerika (ComVoMujer) Pasaje Bernardo Alcedo 150, Edificio Peruval, Piso 4, San Isidro, Lima 27, Peru T +51-1-4421101 E comvomujer@giz.de
Layout	Ira Olaleye
Stand	Mai 2016

Die GIZ ist für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich.

Im Auftrag des	Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Referat	302 – Menschenrechte; Religionsfreiheit; Gleichberechtigung der Geschlechter; Kultur und Entwicklung; Inklusion
Postanschrift der BMZ-Dienstsitze	BMZ Bonn Dahlmannstraße 4 53113 Bonn T +49 228 99 535 -0 F +49 228 99 535 -3500 poststelle@bmz.bund.de www.bmz.de
	BMZ Berlin Stresemannstraße 94 10963 Berlin T +49 30 18 535 -0 F +49 30 18 535 -2501